

Nichtamtlicher Theil.

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsreform.

Der Landeshauptmann in Steiermark, Moriz v. Kaiserfeld, setzt in der „Oesterreichischen Zeitschrift für Verwaltung“ seine Studien über „Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsreform“ fort, er unterzieht die neue preussische Kreisordnung einer eingehenden Kritik und gelangt zu nachstehender Expectoration:

„Die preussische Kreisordnung muthet den Organen der Selbstverwaltung eine fortlaufende Uebung von Pflichten und Handlungen im öffentlichen Interesse zu, welche Uebung doch eine immerhin ausgedehnte Kenntnis von Gesetzen und Verordnungen und eine gewisse Vertrautheit mit den Formen der Geschäftsbehandlung erfordert und sie überträgt an die Selbstverwaltung ein Maß öffentlicher und discretionärer Gewalt, welche, um sachlich und im öffentlichen Interesse ausgeübt zu werden, bei ihren Trägern eine Lebensstellung voraussetzt, die sie in den Augen der Verwalteten über den Verdacht von Standesinteressen, von verwandtschaftlicher Beeinflussung oder von Erwerbs- und anderen Rücksichten erhebt.

Wenn man nun schon in Preußen seine liebe Noth hat, für die Aemter des Bezirksvorstehers und des Landrathes die geeigneten Persönlichkeiten in der eingefessenen Bevölkerung zu finden, und wenn sich daher das Gesetz veranlaßt sieht, für die Fälle vorzusehen, daß die geeigneten Persönlichkeiten nicht gefunden werden, so wäre das System der preussischen Kreisordnung bei uns noch viel weniger praktisch, weil bei uns, und namentlich in Steiermark, nach den Erwerbsverhältnissen der Bevölkerung, nach der Vertheilung des Grundbesitzes, nach der üblichen Art der Gutsbewirtschaftung und nach den gesellschaftlichen Gewohnheiten die Elemente einer Selbstverwaltung nach dem Muster der preussischen Kreisordnung noch viel weniger vorhanden sind und daher auch nicht einmal für eine feudale Selbstverwaltung ausreichen würden.

Dennoch bieten die bei uns schon jetzt bestehenden Einrichtungen die Gelegenheit dazu, einerseits der Bevölkerung einen Antheil an der öffentlichen Verwaltung zu gewähren, andererseits aber auch dazu, um insbesondere bei einer Reihe von behördlichen Entscheidungen und Verfügungen, bei welchen es sich um Rechte der Parteien handelt, die nicht dem Privat-, sondern dem öffentlichen Rechte angehören, der Verwaltung den Charakter des Persönlichen und Willkürlichen zu benehmen.

Es könnte bei uns keinem Anstande unterliegen, den Landgemeinden außer der Verwaltung ihres Vermögens und der auf den Gemeindeverband sich beziehenden

den Angelegenheiten auch die Handhabung der Ortspolizei wie bisher zu überlassen. Einerseits ist die Führung der Ortspolizei auf dem flachen Lande, wenn man dieselbe nicht nach streng bureaukratischen Maßstäben beurtheilt, nichts, was die Ortsgemeinden auch in ihrer gegenwärtigen Organisation nicht zu leisten vermöchten. Sieht man von gewissen, oft beklagten Erscheinungen ab, für welche jedoch die Gemeinden mit Unrecht verantwortlich gemacht werden, so haben im ganzen die Vorsteher der Landgemeinden unter der Herrschaft der gegenwärtig geltenden Gemeinde-Ordnung begonnen, sich an die Handhabung der Polizei zu gewöhnen und sich in die diesfälligen Gesetze hineinzufinden. Es würde aber auch hierin in der Praxis bereits viel besser stehen, wenn es den Gemeinden nicht an Führung und Anleitung gänzlich gefehlt hätte. An dieser sollte es aber für die Zukunft nicht mehr fehlen, weil nach dem eingangs erwähnten Gesetze die Handhabung der Ortspolizei dem Gemeindevorsteher übertragen und er für dieselbe der politischen Behörde in directerer Weise verantwortlich ist. Allerdings bleibt noch übrig, daß aus dem Wirkungskreise des Gemeindevorstehers solche Agenden ausgeschieden werden, welche, wie die Erkenntnisse in Dienstboten-Streitigkeiten, mehr privatrechtlicher Natur sind, oder welche, wie die Fälle von Straferkenntnissen, ihm überhaupt nicht zugemuthet werden sollten. Andererseits muß aber auch den politischen Behörden die Handhabung der Gesetze dadurch ermöglicht werden, daß der Staat oder das Land denselben die unentbehrlichen Hilfsorgane: Aerzte und Thierärzte, Forst- und Bautechniker, zur Verfügung stellt. Um was es sich aber bei der Ortspolizei auf dem flachen Lande handelt, ist nicht das, daß dieselbe durch vom Staate bestellte Beamte gehandhabt werde, sondern das, daß die Gesetzgebung und die Verwaltungseinrichtungen die Wahrheit zum Ausdruck bringen: daß auch die Localpolizei ein Ausfluß der Staatsgewalt und daß sie, wenn auch gleichzeitig im Interesse der Gemeinde gelegen, doch nur im Namen des Staates und unter seiner Controle auszuüben sei.

Eine andere Einrichtung, die wir in Steiermark besitzen und die, um entsprechendes zu leisten, nur in das Verwaltungssystem besser eingefügt zu werden brauchte, ist in unseren Bezirksvertretungen und Bezirksausschüssen gegeben. Auch diese Institution konnte in der Isolierung, in welcher sie bis jetzt gehalten wurde, ohne Executive und ohne Zwangsgewalt, die ihr, ohne den Kreis administrativer Befugnisse zu verwirren, nicht zugestanden werden durfte, und mit ihrem infolge ihrer Isolierung nothwendigerweise beschränkten Wirkungskreise — nur wenig leisten. Dennoch hat diese Institution der Bevölkerung, besonders aber den besitzenden Klassen, bereits einige Uebung im Selbstgovernment gegeben und könnte sie daher, richtig organisiert und richtig geleitet, fast alle die Functionen der preussischen Kreistage und Kreisausschüsse übernehmen.

Wie in Preußen die Mitglieder des Kreisausschusses, könnten bei uns die Mitglieder des Bezirksausschusses von der Bezirksvertretung aus den eingefessenen Bewohnern des Bezirks für eine bestimmte Functionsdauer gewählt werden. Wie dort, und wie zum Theile gegenwärtig auch schon bei uns, bestände der Bezirksausschuß zum Zwecke der Angelegenheiten des Bezirks, also innerhalb des von der Bezirksvertretung bewilligten Etats zur Versorgung des Straßenwesens des Bezirks, zur Verwaltung der Bezirksarmenfonds, zur Vorbereitung und Ausführung der Beschlüsse der Bezirksvertretung u. s. w., dann aber auch zur Wahrnehmung der ihm durch das Gesetz zugewiesenen Geschäfte der allgemeinen Landesverwaltung. Hierbei hätte der Grundsatz maßgebend zu sein, daß solche Angelegenheiten der allgemeinen Landesverwaltung und solche Entscheidungen und Verfügungen, bei welchen es sich um wichtigere öffentliche Rechte der Gemeinden oder Einzeler handelt, dem Bezirksausschusse zuzuwenden wären, während andere Angelegenheiten und alles, was nothwendigerweise nur Gegenstand der discretionären Gewalt sein kann, dem Vorsteher des politischen Bezirksamtes zu freier und selbstständiger Entscheidung verbliebe. Wie theilweise schon gegenwärtig infolge einzelner Specialgesetze, würden dann den Bezirksausschüssen Beschlüsse, Verfügungen und Entscheidungen über ganz bestimmte Angelegenheiten der Communalverwaltung, in armenpolizeilichen, wasserrechtlichen, wege-, feld-, gewerbe-, bau- und feuerpolizeilichen, sowie in Schulsachen, in Sachen der öffentlichen Gesundheitspflege u. s. w. als kompetenzmäßige Geschäfte zufallen. Selbstverständlich hätte der Vorsteher des landesfürstlichen Bezirksamtes den Vorsitz im Bezirksausschusse zu führen, die Beschlüsse desselben vorzubereiten und durchzuführen. Da aber die Bezirksausschüsse nicht den Charakter von Verwaltungsgerichtshöfen, sondern nur den einer mit populären Elementen durchsetzten Verwaltungseinrichtung haben sollen, so würden sie auch ihre Entscheidungen auf Grund des actenmäßigen Sachverhaltes und nicht auf Grund des Ergebnisses eines contradictorischen schriftlichen oder mündlichen Verfahrens fällen; sie würden auch dort, wo durch ihre Entscheidungen über öffentliche Rechte der Parteien erkannt wird, den Charakter einer Verwaltungsbehörde beibehalten, daher auch ihre Verhandlungen nicht öffentlich sein könnten.

Allerdings setzt dies — wenigstens hinsichtlich aller jener Angelegenheiten, welche im Berufungswege von den Bezirksausschüssen an die Statthalterei gelangen — auch bei dieser ein collegiales Verfahren und ein Mitwirken des Laien-Elementes voraus, dem dadurch entsprochen werden könnte, daß derlei Gegenstände bei der Statthalterei in einem Senate verhandelt werden, welcher aus einer gleichen Zahl von Mitgliedern der Statthalterei und des Landesausschusses zusammengesetzt würde.

Feuilleton.

Der falsche Erbe.

Roman von Eduard Wagner.

(Fortsetzung.)

Acht Tage später erhielt Frau Vicini einen Brief von Palestro, in welchem er ihr mittheilte, daß in der nächsten Woche seine Hochzeit mit Giuditte stattfinden werde, zu welcher er sie und ihren Mann einlud.

Die Frau zeigte den Brief Nelly bei ihrem nächsten Besuch und bat sie, denselben für sie zu beantworten. Bereitwillig erfüllte das Mädchen diese Bitte. Frau Vicini lehnte die Einladung ab, ließ ihrem Verwandten mittheilen, daß die braune Biene sehr krank sei, daß Tomaso einen recht lohnenden Gang gemacht habe und daß der „arme junge Engländer“ noch war wie sonst — nicht besser und nicht schlechter.

Diesen Brief nahm Tomaso Vicini an demselben Tage mit nach Palermo, als er seine Fische zum Verkaufe dahin brachte, und gab ihn auf dem Postamt ab.

Am darauf folgenden Morgen war Nelly im Begriffe, Guido ihren gewöhnlichen Besuch abzustatten, als sie auf der Terrasse ihrem Vormund begegnete.

Mr. Gildon blieb vor ihr stehen und blickte sie verwundert an, sie schien ihm heute besonders schön und liebenswürdig mit dem sanften, rofigen Hauch auf ihren

Wangen, mit den freudig strahlenden Augen in ihrer heitern, fröhlichen Stimmung.

„Ich habe ein Wort mit Ihnen zu sprechen, Nelly,“ sagte er freundlich. „Das Wetter ist so schön und Sie haben ja keine Eile.“

„Durchaus nicht,“ erwiderte Nelly lächelnd; „aber was haben Sie mir so dringend zu sagen, daß es nicht Zeit hätte bis nach dem Frühstück?“

„Das sollen Sie gleich hören, aber erst entlassen Sie Ihre werthen Jebbs. Sie können so lange ins Haus zurückkehren.“

Er machte eine Bewegung mit der Hand und entfernte sich. Mrs. Jebbs und ihr Sohn zogen sich auf einen Wink Nelly's gleichfalls zurück.

„Nun,“ sagte Nelly, ihren Vormund forschend ansehend, „wir sind jetzt allein, was haben Sie mir zu sagen?“

„Kommen Sie mit mir hinab nach der See,“ entgegnete Gildon. „Sehen Sie die Strahlen der Morgensonne in dem Wasser! Welch eine herrliche Scenerie!“

Nelly blickte ihren Vormund verwundert an.

„Hielten Sie mich nur deshalb zurück, damit ich eine Rhapsode über die Schönheiten der Natur anhören sollte?“ fragte sie. „Ich finde nichts Auffallendes in dem Wetter, und die See sieht aus wie immer! Es kommt mir immer verdächtig vor,“ fügte sie lachend hinzu, „wenn Leute eine Unterhaltung mit dem Wetter oder der Scenerie beginnen, während sie etwas ganz anderes auf dem Herzen haben, das nur nicht gleich über die Zunge will.“

Mr. Gildon biß sich auf die Lippen.

„Ich will sogleich bei der Sache beginnen,“ sagte er. „Ist es Ihnen nicht aufgefallen, daß Sie von der Familie des Consuls noch keine Einladung erhalten haben, daß noch keine der in Palermo wohnenden englischen Familien Sie eingeladen hat?“

„Es ist mir allerdings aufgefallen; aber was soll das?“

„Sie haben die Kirche jeden Sonntag besucht,“ fuhr Gildon fort, „aber der englische Prediger hat Sie noch nicht ein einziges Mal eingeladen. Wissen Sie warum?“

„Nein. Meine Gedanken haben sich noch nicht viel mit der Sache beschäftigt. Um mit meinen Vandalen bekannt zu werden, ist es nothwendig, daß man Introductionsbriefe besitzt, und ich dachte, daß sie keine hätten, da es nicht Ihre Absicht war, nach Palermo zu kommen.“

„Ich war bekannt mit dem Consul und hatte meine Legitimation bei mir; übrigens würde es mir, einem Gentleman, einem reichen Gutsbesitzer, einem wohlbekannten früheren Parlamentsmitgliede, leicht werden, die gewünschten Bekanntschaften zu machen.“

„Warum haben denn die Leute, die Sie vorhin erwähnten, Sie nicht eingeladen?“ fragte Nelly. „Wenn sie von Ihrer Ahtbarkeit überzeugt sind, würden sie, sollte ich meinen, sich beeilen, Ihre Bekanntschaften zu machen!“

„Ich habe auch verschiedene Bekanntschaften gemacht,“ erwiderte Gildon. „Die Ursache, Nelly, weshalb wir keine Einladungen erhalten, sind Sie!“

Mit Beruhigung könnte man dann bei einer solchen Einrichtung für einen großen Kreis der Geschäfte der allgemeinen Landesverwaltung das Ministerium als eine letzte Instanz entfallen lassen. Die Theilnahme der staatlichen Organe an den Beschlüssen und Entscheidungen der unteren Verwaltungsbehörden, die durch die Zuziehung populärer Elemente gesicherte Unabhängigkeit dieser Behörden, sowie das Correctiv, welches gegen fehlerhafte Entscheidungen in dem Verwaltungsgerichtshofe gelegen ist, machen das Eingreifen einer dritten und eventuell einer vierten Instanz entbehrlich, so daß die Ministerien nur in jenen Verwaltungsangelegenheiten als letzte Instanz noch einzutreten hätten, welche der selbständigen Entscheidung des Chefs der politischen Behörde überlassen sind.

Man wird geneigt sein, einer solchen Organisation der Verwaltung die Einwendung entgegenzusetzen, daß sie mit dem Grundsatz der Verantwortlichkeit der Regierung sich nicht vereinigen lasse.

Die staatsrechtliche Verantwortlichkeit der Minister wird dadurch gewiß nicht alteriert. Aber auch jene parlamentarische Verantwortlichkeit, welche von der Voraussetzung ausgeht, daß der Minister von allem, was von den Behörden seines Ressorts verfügt oder entschieden wird, Kenntnis haben müsse und über alles Aufklärung zu geben habe, wird theilweise schon durch das Bestehen eines Verwaltungsgerichtshofes eingeschränkt. Wenigstens kann nicht angenommen werden, daß in den Fällen streitiger Verwaltung ein Parteienrecht verletzt sei, wenn und solange eine Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes nicht provociert wird.

Uebrigens sind gegenwärtig sehr wichtige Angelegenheiten der öffentlichen Verwaltung den autonomen Organen der Gemeinde-, Bezirks- und Landesausschüsse zugewiesen und von deren Entscheidungen und Verfügungen geht keine Berufung an die staatlichen Behörden. Der Einfluß, welcher den Organen der Regierung auf diesen Angelegenheiten zusteht, ist ein sehr beschränkter, und es ist daher eine Verantwortlichkeit der Minister für diese Zweige der Verwaltung, mögen dieselben auch noch so sehr vernachlässigt werden, fast gänzlich ausgeschlossen. Eine mit populären Elementen durchsetzte Verwaltung macht die administrative Centralisation in den Ministerien zu einem guten Theile und zwar insbesondere in jenen Fällen entbehrlich, in welchen durch die behördlichen Verfügungen öffentliche Rechte der Parteien berührt, oder welche nach einem vom Gesetze zugelassenen localen Gewohnheitsrechte getroffen werden, weil einer solchen Verwaltung das Bedenken der Willkür, Abhängigkeit und der Unkenntnis örtlicher Verhältnisse in weit geringerem Maße entgegensteht, als einer Verwaltung, welche auf dem Grundsatz des bloß persönlichen Ermessens und Entscheidens des Verwaltungsbeamten aufgebaut ist. Bei dem Bestande eines Verwaltungsgerichtshofes wäre in den bezeichneten Fällen eine Appellabilität an die Ministerien für die verwaltungsrechtliche Seite der öffentlichen Administration weder eine Nothwendigkeit, noch ein Gewinn, besonders wenn dafür Gewißheit besteht, daß die untere Behörde, der Bezirksausschuß, ihre als gesetzwidrig erklärte Entscheidung zurücknimmt oder aber nach Umständen den Kläger schadlos hält oder mit Zugrundelegung der Rechtsanschauung des Verwaltungsgerichtshofes eine neue Entscheidung fällt."

Höherer Unterricht in Frankreich.

Das „Journal officiel“ veröffentlicht das Gesetz über den höheren Unterricht. Dasselbe lautet definitiv und vollständig, wie folgt:

„Wirklich? Bin ich denn ein Ungeheuer, daß die Leute vor mir zurückschrecken? Oder wissen Sie nicht, wer ich bin?“

„O ja, Sie wissen recht gut, daß Sie Miß Kelly Wilkins sind, meine Mündel, eine reiche Erbin, Besitzerin schöner Güter in England und das schönste Mädchen, welches jemals in England geboren wurde. Doch ich will Ihnen die Wahrheit sagen, Kelly. Ich habe im Geheimen die Nachricht verbreitet, daß Sie nicht richtig im Kopfe sind, und darum fürchten sich die Leute vor Ihnen.“

Kelly's Gesicht flammte vor Entrüstung.

„Wie konnten Sie eine solche Lüge in Umlauf setzen?“ rief sie. „Nun verstehe ich, warum die Damen mich so mitleidsvoll anblickten. Das war eine schändliche Handlung, Mr. Roderick Gildon!“

„Im Kriege und in der Liebe ist alles erlaubt,“ entgegnete Gildon trocken. „Es war ein kühner Kunstgriff, aber sehr probat. Man hält Sie nicht etwa für wahnsinnig, meine Liebe, aber für ein wenig unklug. Sie verstehen wol — was dem Jreßinn nahesteht.“

Die Röthe wich aus Kelly's Gesicht, sie wurde todtbleich. Sie fühlte, daß Gildon ein solches Gerücht nur ausgesprochen haben konnte, um sie ganz in seine Macht zu bekommen.

„Ich muß diese Verläumdungen widerlegen,“ sagte sie entsetzt. „Wenn der englische Prediger wiederkommt, werde ich ihm die Sache auseinandersetzen und seine falsche Meinung über meinen geistigen Zustand zu befeitigen suchen.“

„Dazu werden Sie wenig Gelegenheit haben, meine

Titel 1: Die freien Vorträge und Anstalten des höheren Unterrichtes.

Art. 1. Der höhere Unterricht ist frei.

Art. 2. Jeder Franzose, der 25 Jahre alt ist und sich in keinem der im Art. 8 dieses Gesetzes aufgeführten Unglücksfälle befindet, so wie die nach gesetzlicher Vorschrift behufs Ertheilung des höheren Unterrichtes gebildeten Vereine sollen frei und nur unter den in den nachstehenden Artikeln ausgeführten Bedingungen höhere Lehrkurse und Lehranstalten eröffnen dürfen. Doch sind für den Unterricht in der Medicin und der Pharmaceutik noch die für die Ausübung der ärztlichen oder pharmaceutischen Praxis nöthigen Ausweise erforderlich. Die einzelnen Vorträge, deren Publicität sich nicht auf die regelmäßig eingeschriebenen Zuhörer beschränkt, bleiben den Vorschriften des Vereinsgesetzes unterworfen. Ein Verwaltungsreglement wird die Formen und Fristen der durch vorstehenden Paragraph erforderlichen Matriceln näher bestimmen.

Art. 3. Der Eröffnung jedes Lehrkurses muß eine von dem Dozenten unterzeichnete Anmeldung vorausgehen. Diese wird Namen, Stand und Wohnort des Unterzeichners, das Local, wo die Vorträge gehalten werden sollen, und den Gegenstand oder die Gegenstände derselben angeben. Sie soll in den Departements, die einen Vorort der Akademie beherbergen, dem Rector, in den anderen Departements dem Inspector der Akademie gegen einen Empfangschein übergeben werden. Die Eröffnung des Lehrkurses darf frühestens zehn volle Tage nach Ausstellung des Empfangscheines stattfinden. Jede Aenderung in den in der ursprünglichen Anmeldung enthaltenen Punkten wird zur Kenntnis der bereits bezeichneten Behörden gebracht. Diese Aenderungen dürfen demnach erst fünf Tage nach Ausstellung des Empfangscheines erfolgen.

Art. 4. Die freien Lehranstalten für höheren Unterricht sollen von mindestens drei Personen verwaltet werden. Die im Art. 3 angeordnete Anmeldung muß von drei angeordneten Administratoren unterzeichnet sein und ihren Namen, Stand und Wohnort, den Sitz und die Statuten der Anstalt so wie die anderen im Art. 3 erwähnten Angaben enthalten. Wenn einer der Administratoren mit Tod abgeht oder von seinem Amte zurücktritt, soll er binnen sechs Monaten ersetzt und dem Rector oder Inspector der Akademie davon Anzeige gemacht werden. Das Verzeichnis der Professoren und das Programm der Vorlesungen soll alljährlich den eben genannten Behörden mitgeteilt werden. Abgesehen von den eigentlichen Lehrkursen dürfen in den betreffenden Anstalten ohne vorgängige Ermächtigung Specialvorträge gehalten werden. Die übrigen im Art. 3 vorgeschriebenen Formalitäten sind auf die Eröffnung und Verwaltung der freien Lehranstalten anwendbar.

Art. 5. Die höheren Lehranstalten, die nach dem Art. 4 enthaltenen Vorschriften eröffnet worden sind und mindestens so viele mit dem Doctortitel versehene Professoren umfassen als die mit der geringsten Zahl von Lehrstühlen ausgestatteten Staatsfacultäten, dürfen, wenn sie Privaten oder Vereinen gehören, die Benennung: freie Facultäten der schönen Wissenschaften, der Naturwissenschaften, des Rechts, der Medicin u. annehmen. Die Vereinigung von drei Facultäten berechtigt sie, sich „freie Universitäten“ zu nennen.

Art. 6. Für die Facultäten der schönen Wissenschaften, der Naturwissenschaften und des Rechts müssen die von den Administratoren unterzeichneten Anmeldungen die Erklärung enthalten, daß diese Facultäten über Lehr- und Arbeitsfäle für mindestens hundert Studenten,

sowie über eine Specialbibliothek verfügen. Eine naturwissenschaftliche Facultät muß sich überdies über physikalische und chemische Laboratorien, ein physikalisches Cabinet und eine seinen Bedürfnissen entsprechende naturwissenschaftliche Sammlung ausweisen können. Wenn es sich um eine medicinische Facultät oder um eine gemischte Facultät oder Schule für Medicin und Pharmaceutik handelt, so muß die Anmeldung feststellen: daß besagte Schule oder Facultät in einem ihr zu eigen gehörenden oder von der öffentlichen Armenpflege ihr zur Verfügung gestellten Hospital über mindestens 120 Betten verfügt, in welche die medicinische, die chirurgische und die Geburtsklinik sich gewöhnlich theilen können. Daß sie 1. mit anatomischen Sälen, welche alles enthalten, was für die anatomischen Uebungen der Jünger nothwendig ist, 2. mit den für das Studium der Chemie, Physik und Physiologie unerlässlichen Laboratorien, 3. mit Studienbibliotheken für die normale und pathologische Anatomie, einen physikalischen Cabinet, einer Sammlung von Arzneistoffen, einer Sammlung chirurgischer Instrumente und Apparate versehen sind, daß sie einen Garten mit Heilpflanzen und eine Specialbibliothek zur Verfügung der Jünger stellt. Bei einer Specialschule für Pharmaceutik ist ferner der Administratoren derselben die Erklärung erforderlich, daß die Anstalt Laboratorien für Physik, Chemie, Pharmaceutik und Naturgeschichte, die nöthigen Sammlungen für den Unterricht in der Pharmaceutik, einen Garten mit Heilpflanzen und eine Specialbibliothek besitze.

Art. 7. Die freien Lehrkurse und Anstalten sind den Bevollmächtigten des Unterrichtsministers stets offen und zugänglich. Die Beaufsichtigung des Unterrichtes hat sich einzig und allein damit zu beschäftigen, ob er nicht der Sittlichkeit, der Verfassung und den Gesetzen zuwiderläuft.

Art. 8. Außer Stande, einen Lehrkurs zu eröffnen oder dem Amte eines Administrators oder Professors in einer freien Anstalt für den höheren Unterricht vorzustehen, sind 1. die Individuen, welche ihrer bürgerlichen Rechte verlustig sind; 2. diejenigen, welche wegen eines Verbrechens oder Vergehens gegen die Rechtschaffenheit oder die guten Sitten verurtheilt worden sind; 3. diejenigen, die infolge einer Verurtheilung ganz oder theilweise ihrer bürgerlichen, staatsbürgerlichen und Familienrechte, wie das Strafgesetzbuch sie in Nr. 1, 2, 3, 5, 7 und 8 des Art. 42 aufzählt, beraubt sind; 4. diejenigen, über welche die Unfähigkeit kraft Art. 16 des vorliegenden Gesetzes verhängt ist.

Art. 9. Die Ausländer können unter Beobachtung der in Art. 78 des Gesetzes vom 15. März 1850 vorgeschriebenen Bedingungen zur Eröffnung von Lehrkursen und zur Leitung höherer Lehranstalten zugelassen werden.

Titel 2: Die behufs Ertheilung höheren Unterrichtes gebildeten Vereine.

Art. 10. Der Art. 291 des Strafgesetzbuches ist nicht anwendbar auf die behufs Gründung und Fortsetzung höherer Lehrkurse oder Lehranstalten nach den Vorschriften des gegenwärtigen Gesetzes gebildeten Vereine. Eine Anmeldung wird eingereicht werden müssen, enthaltend die Angabe der Namen, des Berufes und Wohnortes der Gründer und Administratoren der besagten Vereine, des Locales, wo sie ihre Zusammenkünfte halten und der in Aussicht genommenen Statuten. Die Anmeldung ist zu richten: 1. an den Rector oder Inspector der Akademie, welcher sie dem Rector übermitteln wird; 2. im Seine-Departement an den Polizeipräsidenten und in den übrigen Departements an den Präfekten; 3. an den Generalprocurator des Appellhofes des Sprengels und an den Staatsanwalt. Die vollständige Liste der Vereinsmitglieder mit Angabe ihres Domicils muß im Sitzungslocale aufliegen und dem Gerichte auf jede Forderung des Generalprocurators mitgeteilt werden.

Art. 11. Die höheren Unterrichtsanstalten oder die kraft des vorliegenden Gesetzes gegründeten Lehrvereine können auf ihr Verlangen in den Formen des Gesetzes und nach vorgängiger Zustimmung des Oberunterrichtsrathes für gemeinnützige Anstalten erklärt werden. Sind sie einmal anerkannt, so können sie erwerben und läßliche Verträge eingehen; sie können ebenfalls unter den vom dem Gesetze vorhergesehenen Bedingungen Schenkungen und Vermächtnisse empfangen. Die Gemeinnützigkeitserklärung kann nur durch ein Gesetz aufgehoben werden.

Art. 12. Im Falle des Erlöschens einer anerkannten höheren Lehranstalt, sei es, daß der Verein eingegangen oder durch Widerrufung der Gemeinnützigkeitserklärung aufgehoben worden ist, geben die durch Schenkungen zwischen Lebenden und durch letztwilliges Vermächtnis erworbenen Güter an die Geber und an die Nachkommen der Geber und Erblasser, wie das Gesetz darüber verfügt, und in Ermangelung von Erben an den Staat zurück. Die durch lästigen Vertrag erworbenen Güter fallen ebenfalls dem Staate anheim, wenn die Statuten darüber keine Bestimmung enthalten. Dieses Vermögen soll den Bedürfnissen des höheren Unterrichtes durch im Staatsrath beschlossene und von dem Oberunterrichtsrath genehmigte Erlasse zugewendet werden.

(Schluß folgt.)

(Fortsetzung folgt.)

liebe Kelly. Als der Kaplan leghin bei uns war und ich ihn bei seinem Fortgehen bis vor die Thür begleitete, drückte er mir sein Bedauern aus über diese harte Prüfung. Er sprach von dem unnatürlichen Glanz Ihrer Augen, von dem unnatürlich raschen Wechsel von Beharrlichkeit und Ernst in Ihrem Wesen, und schließlich sagte er, daß er nicht wiederkommen werde. Jedermann ist der Ansicht, daß die drei Diener und der große Hund Sie auf Ihren Ausflügen begleiten, am Sie von närrischen Streichen oder von einem gefährlichen Schritt in einem Anfall von Unzurechnungsfähigkeit abzuhalten. Ich habe jede mögliche Vorsicht angewendet, um Sie in meiner Macht zu haben. Das Hauspersonal ist mir treu ergeben und Ihr Kommen und Gehen hängt ganz von meinem Willen ab.“

„Und was bezwecken Sie durch solche Maßregeln?“

„Daß Sie mir Ihre Hand zum ehelichen Bund reichen.“

Kelly warf ihm einen Blick voll Bohn und Verachtung zu.

„Sie haben mir versprochen, mich nie wieder mit einem solchen Antrage zu belästigen!“ rief sie.

„Dieses Versprechen war nur eine List. Ich wollte Zeit gewinnen, und das ist mir gelungen. Sie sind vollständig in meiner Macht. Ihre Diener können Ihnen nicht helfen, denn wenn sie mir lästig werden, lasse ich sie von der Insel schaffen. Die „Verfolgungen,“ welche Ihnen in Neapel so unerträglich schienen, daß Sie nach Palermo entflohen, waren nur Spielerei gegen die Maßnahmen, welche ich jetzt treffen werde, wenn Sie sich länger weigern, meine Frau zu werden.“

Politische Uebersicht.

Laibach, 31. Juli.

Im ungarischen Handelsministerium ist man mit der Prüfung des von der cisleithanischen Regierung übermittelten Zolltarifentwurfs beschäftigt. Unter dem Vorsitze des Staatssecretärs Horn finden zwischen den Fachorganen des Finanz- und Handelsdepartements diesbezüglich eingehende Beratungen statt, und betreffs einzelner Tarifposten will man noch eine einzuberufende Enquete vernehmen. Gleichwohl hofft die ungarische Regierung, bis 10. August den österreichischen Entwurf detailliert zu beantworten. — Das ungarische Handelsministerium reichte sein Budget dem ungarischen Ministerrathe ein. Dieser Voranschlag nimmt — wie „Don“ meldet — um 40 Prozent für landwirtschaftliche Zwecke mehr an, als in dem heurigen Budget angesetzt worden war, aber auch für die Hebung der Hausindustrie wurden 15,000 und für die Ausstellung in Philadelphia gleichfalls 15,000 Gulden präliminirt. Ferner wurden die Kosten für den statistischen Congreß in den Voranschlag eingestellt. Große Ersparungen werden bei dem Telegraphenwesen beabsichtigt, und würde die Bilanz um 350,000 Gulden geringer sein als sie heuer war. Die Telegraphen- und Postdirectionen sollen in ein und dieselbe Stadt verlegt werden. Die beiden entsprechenden Fachsectionen im Ministerium würden vereinigt und die Zahl der Postdirectionen wegen der Coordination mit den Telegraphendirectionen um zwei (von 8 auf 6) vermindert werden.

Ueber den Durchgang von spanischen Belagerungsgeschützen über französisches Gebiet schreibt der „Moniteur“: „Frankreich bewahrt seine Neutralität, indem es keiner der beiden einander gegenüberstehenden Parteien seine militärische Mitwirkung leiht; aber da es den König Alfonso anerkannt hat, so verhandelt es mit ihm über Dinge, die beide Länder angehen, und es ist ihm folglich alle unter benachbarten und befreundeten Regierungen üblichen guten Dienste schuldig.“

Officiell verlautet: Don Carlos habe drei Offiziere mit der Mission betraut, seinen Bruder Don Alfonso um die Uebernahme des Oberbefehls in Catalonien zu bitten. Letzterer habe geantwortet, er würde das Commando unter der Bedingung annehmen, daß Saballs abgesetzt werde. Die mit dieser Mission betrauten Offiziere haben bei ihrer Rückfahrt der spanischen Gesandtschaft in Brüssel ihre Unterwerfung angezeigt.

Die Einführung der „neuen russischen Städte-Ordnung“, welche der Autonomie großen Spielraum gibt, steht auch nun für die westlichen Provinzen bevor, namentlich für die Gouvernements Wilna, Kowno, Grodno, Witebsk, Mohilew, Kiew, Wolhynien, Podolien. Die „Städte-Ordnung“ gilt nun in ganz Rußland, außer den baltischen Provinzen, dem Generalgouvernement Warschau und dem Großherzogthum Finnland, welches letztere überhaupt unter getrennter Verwaltung steht. Für West-Rußland sind einige Beschränkungen angenommen, welche dem Mißbrauche der Autonomie in dringenden Fällen vorbeugen. Für die baltischen Provinzen steht eine Revision der dortigen Städte-Ordnung, welche einen ganz ständischen und mittelalterlichen Charakter trägt, bevor, doch werden im Hinblick auf die abweichenden localen Eigentümlichkeiten die betreffenden Arbeiten sich wol noch einige Zeit hinziehen.

Tagesneuigkeiten.

Die österreichische Staats-Gewerbeschule.

III.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß trotz aller Gegenreden vermeintlicher „Praktiker“, ehe ein Decennium verstrichen sein wird, es keine populäre Schulanstalt in Oesterreich geben wird, als die Gewerbeschule. Dies gilt auch von der Gewerbeschule in Brünn. Denn was der heimischen Industrie vor allem noth thut, das ist ein geschulter Arbeiterstand. Dieser kann in der Gewerbeschule geschaffen werden, denn die Gewerbeschule hat die Aufgabe, technische Kenntnisse in alle gewerblichen Kreise zu verbreiten, die nicht in der Lage sind, sich solche an der Hochschule zu erwerben.

Jede in Blüte stehende Industrie schließt, vom akademisch gebildeten Techniker bis zum Handarbeiter herab, eine Reihe von Wirkungskreisen ein, die ein ganz verschiedenartiges Verhältnis von technischen Kenntnissen manuellen Geschicklichkeit und praktischer Erfahrung erfordern und jedes Wissen, wenn es der anderen Glieder des Verhältnisses nicht entbehrt, findet eine willkommene, nicht durch pedantische Gesetzesvorschriften und Prüfungen behinderte Aufnahme und angemessene Verwendung.

Es erscheint daher unmöglich, eine Grenze des technischen Wissens zu bezeichnen, die für den in den Dienst der Industrie Eintretenden zu erreichen erforderlich wäre, vielmehr kann innerhalb sehr weit auseinander liegender Grenzen dem Zwecke gebient werden. Daraus resultiert, daß das gewerbliche Schulsystem das vollkommenste ist, welches es jedem ermöglicht, nach dem Grade seiner Vorbildung und seiner auf den Schulbesuch zu verwendenden Zeit, oder nach dem Grade seiner Einnahme und seiner materiellen Mittel, ein Maximum fach-

licher Bildung zu erwerben. Von diesem Gesichtspunkte aus waren, wie die Erfahrung gezeigt hat, die Maßnahmen der preussischen Regierung, ihre Gewerbeschulen lediglich auf einen einzigen hochgegriffenen Standpunkt zu stellen, unrichtig, und die Regierung hat nicht verhindern können, daß unabhängig von ihr und in keiner Weise gefördert, Schulen entstanden sind und besucht werden, die ihren Standpunkt bezüglich der Vorbildung der Schüler und der Dauer ihres Kurses niedriger bemessen, — die sogenannten Vangewerkschulen.

Schon als die ersten Gewerbeschulen Deutschlands sich entsprechend den Fortschritten der Technik und der technischen Wissenschaften in polytechnische Schulen verwandelten, da sorgte der preussische Staat sofort für neue Gewerbeschulen, denen die Aufgabe zufiel, theils für den Besuch der polytechnischen Institute vorzubereiten, theils Gewerbetreibende in begrenzterer Weise als jene auszubilden.

Immer mehr erweiterten sich die Ziele der polytechnischen Schulen, aus der Schule wurde eine Akademie; gleichzeitig stiegen die Anforderungen an die Vorbildung einerseits und die Dauer des Schulbesuches andererseits; gleichzeitig und hiedurch bedingt vollzog sich eine nach oben gerichtete Aenderung des Charakters der Studierenden in gesellschaftlicher Beziehung und der bis dahin als unumgänglich angesehene Usus, der dem Studium vorangegangenen praktischen Ausbildung in einem einschlägigen Handwerk schwand immer mehr. Der Erweiterung der technischen Hochschule entsprechend und immer enger Anschluß haltend, erweiterte auch allmählich die Staatsgewerbeschule ihr Lehrgebiet und durch Verordnung vom 21. März 1870 wurde sie gesetzlich auf die Höhe gehoben, die sie heute inne hat.

So gibt es in Preußen — und ähnlich in ganz Deutschland — neben dem Großindustriellen und dessen akademisch gebildeten Oberbeamten, einen mittleren Industriellen und einen Gewerbestand von erprobter praktischer Erfahrung und gutem Schul- und technischen Wissen und außerdem noch zwischen ihm und dem Handarbeiter eine aus dem Arbeiterstande hervorgegangene sachliche Kenntnisse besitzende Klasse, die mit diesem Stande in enger Fühlung steht. Deshalb bedarf es in Preußen nur eines mit verhältnismäßig kleinen Geldopfern auszuführenden Entschlusses, der Vangewerkschule den ihr zustehenden Platz im staatlichen Schulsystem einzuräumen, ihr Lehrgebiet dem Zweck entsprechend, zu begrenzen und die Schranken niederzulegen, welche die armen, doch strebsamen Arbeiter von der Schule trennen, um sie in großen Schaaeren derselben zuzuführen, damit den Klagen über die Unmöglichkeit der Verbesserung der Arbeiter begegnet werde. Wird dann noch durch allortliche Fortbildungs- und Abendfachschulen für ein gleichzeitiges Hinausschrauben des Bildungsstandes der breiten Masse Sorge getragen, so wird Preußen sich eine industrielle Armee geschaffen haben, die sich mit jeder der Welt messen kann.

(Giselabahn.) Die commissionelle Probefahrt auf der Giselabahn ist am 30. v. M. bei wunderbarem Wetter von Salzburg abgegangen. Theilnehmer daran waren: Sr. Durchlaucht der Herr Ministerpräsident Fürst Auerberg, Ihre Exc. die Herren Minister Freiherr v. Lasser und Ritter v. Ehlmeck, Statthalter Graf Thurn, die Herren: Hofrath Arius, Regierungsrath v. Hofmann, Landeshaupmann Dr. Lamberg, Bürgermeister Dr. Garrer und Handelskammer-Präsident Bibl von Salzburg, Generaldirector v. Reisker, Generaldirector-Stellvertreter v. Czedit, Hofrath Barchar; Mitglieder des Verwaltungsrathes der Kaiserin Elisabeth-Westbahn: v. Boschan, v. Epstein, Neumann, Rausa, Baron Sommaruga, Lenz, Wolze; Verwaltungsräthe der Eisenbahnbau-Gesellschaft: Fritz Müller, v. Grimborg und Bösch, Bauunternehmer Baurath Baron Schwarz, im ganzen vierzig Gäste.

(Fünftes deutsches Bundeschießen.) Die Ehrengaben langen in Stuttgart immer noch in erfreulicher Anzahl ein; sie haben bereits die Zahl von 477 erreicht. Zu bemerken ist die Gabe der Seifensieder in Stuttgart, in einer Baste liegen auf blauer Seide wohl gebettet 180 Mark. Die Stadtgarde von Stuttgart hat ebenfalls eine blanke Gabe in eleganter Ausstattung gegeben. Vom deutschen Consulate in Constantinopel sind zwei türkische Leppiche eingekauft worden. Die Stadt Leonberg schickt einen leonberger Hund als Ehrengabe. Ueber die Frequenz des Festes lassen sich allmählich einige Anhaltspunkte gewinnen. Aus Oesterreich allein trafen am Samstag fünf große Extrazüge ein; der eine brachte die wiener Schützen, der zweite sammelte die Schützen von St. Pölten, Linz bis Salzburg ein dritter kam aus der Richtung Reichenhall, Freilassing, Traunkirchen, Kufstein, Rosenheim, ein vierter brachte die Schützen von Laibach, Villach, Klagenfurt, Leoben und ein fünfter die Schützen aus Graz und Steiermark.

(Steierischer Gebirgsverein.) Um das Andenken des vor kurzem in Wien verstorbenen Touristen Gustav Jäger zu ehren, hat der österreichische Touristenclub für das Schutzhause auf dem Stuhleck, welches zum großen Theil Jägers Werk ist, eine Gedenktafel gestiftet, deren Enthüllung am 1. August stattfand. Der steierische Gebirgsverein betheiligte sich gleichfalls an dieser Enthüllungsfeier.

(Brünner Arbeiterzirkel.) Die „Brünner Ztg.“ veröffentlicht eine auf behördlichen Erhebungen beruhende Uebersicht der Arbeiteranzahl in den Fabriken Brünns. Demnach beträgt die Gesamtzahl der Arbeiter in 24 Fabriken 1000, so daß mit Hinzurechnung von etwa 300 bis 400 Arbeitern in einigen Fabriken, wo die Erhebungen noch nicht stattgefunden, nahezu

1400 Weber ihre Thätigkeit wieder aufgenommen haben. In sieben Fabriken arbeiten die Weber wieder vollzählig.

(Zur Kalender-Reformation in Egypten.) Der Khedive hat erst unlängst beschlossen, den gregorianischen Kalender auch in Egypten einzuführen, um so die Zeitrechnung der Egypter mit denen der Katholiken und Protestanten in Einklang zu bringen. Nachträglich wird jedoch aus Egypten gemeldet, daß diese neue Zeitrechnung nur für das bürgerliche Leben gelten wird, das religiöse Leben der Mohammedaner aber bleibt davon gänzlich unberührt und werden diese für ihre religiösen Feste noch ferner nach dem Monde rechnen.

Locales.

Schonung der Wälder.

Das „Prager Abendblatt“ findet in den Elementarunfällen, von welchen Böhmen heuer heimgefußt wird, Anlaß, darauf hinzuweisen, daß diese Elementarereignisse keineswegs zufälligen Erscheinungen, sondern das Ergebnis von Thatsachen sind, die mit der Art der Bodenbewirtschaftung in engem Zusammenhange stehen. Man mag darüber streiten, ob die fortschreitende Entwaldung der Höhen als die alleinige Ursache der zunehmenden Verwüstungen durch Wolkenbrüche und Ueberschwemmungen zu betrachten sei, Thatsache ist, daß diese Verheerungen von Jahr zu Jahr an Umfang zunehmen, und daß sie sich dort am stärksten fühlbar machen, wo die Ausrodung der Wälder den höchsten Grad erreicht hat.

Das genannte Blatt weist nun auf Frankreich hin, wo man ähnliche Beobachtungen machte, jedoch bald zur richtigen Erkenntnis kam, strenge Vorsorge zu treffen, um der weiteren Entwaldung Einhalt zu thun, für die rasche Bepflanzung entwaldeter Höhen sorgte, Kanäle und Teiche anlegte und damit zugleich Landwirtschaft, Handel und Industrie förderte, und sagt dann: „In Böhmen sind die Gefahren einer fortschreitenden Entwaldung noch größer, als sie es in Frankreich waren, weil Böhmen ein Binnenland ist, somit eine durchschnittlich geringere Feuchtigkeitmenge aufweist, als das von zwei Seiten vom Meere umflossene Frankreich. Auch hat in unserem Vaterlande seit einer Reihe von Jahren die Austrocknung der Teiche und Seen so überhandgenommen, daß die einst weit und breit berühmte böhmische Teichwirtschaft fast schon zur Mythe geworden ist. Hierzu kam nun noch die Ausrodung der Wälder durch Menschenhand und Verheerung derselben durch den Vorkenkäfer. Welch Wunder, wenn unter solchen Verhältnissen Gewitter, Hagelschläge, Wolkenbrüche und Ueberschwemmungen von Jahr zu Jahr zunehmen?“

Wol haben in letzter Zeit sowohl die Regierung als der Landtag die Sache energisch in die Hand genommen, und von unserem gegenwärtigen Ackerbauminister, der als Abgeordneter so warm für den ausgiebigsten Schutz der Wälder eintrat, läßt sich gleichfalls eine kräftige Initiative in dieser Richtung erwarten. Aber die Hauptsache bleibt denn doch, daß die Gemeinden und die einzelnen Waldbesitzer das nöthige Verständnis für die hohe Bedeutung der Wasserfrage in Böhmen an den Tag legen und durch kräftige Unterstützung der behördlichen Organe dafür Sorge tragen, daß die Intentionen der Regierung wie der Landesvertretung so rasch und so vollkommen als möglich erfüllt werden. Schonung der Forste, Bepflanzung der kahlen Berglehnen, Anlegung von Teichen und Wasserbehältern, endlich Regulierung der kleineren Flüsse, das sind die Mittel, durch welche unser Vaterland, soweit eben menschliche Kraft in dieser Richtung etwas zu thun vermag, vor Calamitäten, wie sie die letzten Jahre gebracht, bewahrt werden kann.“

Halten wir Umschau in unserem Heimatlande Krain, rufen wir den neuesten Jahresbericht des krainischen Landesforstinspectors Herrn Salzer in unser Gedächtnis zurück, und wir werden uns der traurigen Thatsache nicht verschließen können, daß auch der Waldbestand im Lande Krain Tag für Tag schwindet; daß unrationelle, systemlose, unverantwortliche Holzraubwirtschaft, namentlich in den bäuerlichen, Gemeinde- und gemeinschaftlichen Wäldern gehbt wird, welche den rücksichtslosen Elementen die Thore öffnet, gegen starke Regengüsse und Wolkenbrüche keinen Schutz mehr bietet, unersetzbare Schäden herbeigeführt und der gegenwärtigen wie der nachkommenden Bevölkerung den nothwendigen Holzbezug gänzlich verkümmert.

Wünschen wir, daß die Warnung des „Prager Abendblattes“ auch im Lande Krain beherzigt werde!

(Grundsteuer-Regulierung.) Die Bezirks-Schätzungscommission in Rudolfswerth hat die Probe-Einschätzungen am 28. Juli l. J. beendet und wird in der auf den 4. August l. J. anberaumten Plenarsitzung die Bildung der Einschätzungsgruppen, dann die Wahl der Einschätzungsdeputationen vornehmen. — Am 16. August l. J. und die darauf folgenden Tage wird im Grund des § 10 des Einschätzungsanleitungs die gemeinschaftliche Begehung der Ortsgemeinden des tolmainer und krainburger Schätzungsbezirktes durch die betreffenden Einschätzungsdeputationen und Bezirks-Schätzungsreferenten behufs Verständigung über die verhältnismäßige Einschätzung derselben in den beiderseitigen Bezirksgrenzen geeigneten Grundstücke stattfinden. Bei diesen Begehungungen werden als Delegirte der Grundsteuer-Landescommission für Krain die Mitglieder Herren

Dr. Carl Ahabitz und Dr. Josef Pollak, sowie der Landesinspector Josef Podrekar intervenieren.

— (Personalnachricht.) Herr Michael Pecar, Gymnasiallehrer in Binkovec, wurde zum wirklichen Lehrer am Staatsreal- und Obergymnasium in Rudolfswerth ernannt.

— (Pfahlbautenfunde im Laibacher Moraste.) Mehr als 200 Personen aus allen Gesellschaftskreisen Laibachs fanden sich gestern im landschaftlichen Redoutensaal ein, um den höchstinteressanten Vortrag des hiesigen Museumsbesizers Herrn Deschmann über die Pfahlbautenfunde im laibacher Moraste anzuhören und die bisher gesammelten Funde aus der Steinzeit zu besichtigen. Die Neugierde des Publicums wurde im hohen Grade befriedigt. Herr Deschmann entwickelte die Geschichte der Pfahlbauten und forderte die Gesellschaft auf, diese wissenschaftlichen Arbeiten am Moraste mit größter Theilnahme verfolgen und unterstützen zu wollen.

— (Professor Hoffmanns Vorlesungen) über Egypten und die Odyssee erfreuten sich an den abgelaufenen beiden Abenden nicht jenes frequenten Besuches, welchen dieselben verdienen. Jedenfalls litt der Besuch dieser Reisen in Bildern durch Abwesenheit der auf Ferien befindlichen studierenden Jugend.

— (Die Sängergesellschaft Mitteregger) wird heute im Garten der Casino-Residenz ihre Zelte aufschlagen und eine Reihe von Vergnügungsabenden arrangieren. Die Gesellschaft Mitteregger hat sich seit jener Zeit, als wir sie hier gehört, wesentlich verstärkt; sie zählt vorzügliche neue Kräfte und unterscheidet sich von den herumziehenden sogenannten Volksjüngern, deren Weisen hier auf unempfindlichen Boden fallen, wesentlich durch Ausführung eines feineren Programmes, welches Poesie aus den neuesten Opern und Operetten, Scenen voll Wit und Humor bringt. Die Gesellschaft Mitteregger unterzieht die grazer Gesellschaft durch Verlauf einiger Monate dessen; es wird derselben ohne Zweifel gelingen, auch unsere Gesellschaftskreise bestens zu amüsieren.

— (Aus dem Vereinsleben.) Das Präsidium des Postmeistervereines für Krain, Kärnten und Dalmatien beschäftigt sich mit der Vereinigung der in Krain derzeit bestehenden 11 Filialen zu einer geringeren Anzahl derselben. Die krainer Filialen zählen u. zw. Radmannsdorf 11, Gottschee 10, Pittai 6, Adelsberg 6, Krainburg 5, Stein 5, Poitsch 3, Rudolfswerth 2, Laibach 2, Gurkfeld 1 und Tschernembl 1 Mitglieder. Die Filialvorsitzenden haben ihre Vorschläge in betreff der wünschenswerthen zweckmäßigen Vereinigung der Filialen bis 10. d. an das Vereinspräsidium in Weizselsfeld gelangen zu lassen. Nach Ablauf dieser Frist wird bei Mangel von Vorschlägen die projectierte neue Eintheilung der Filialen von seite des Vereinspräsidiums vorgenommen werden.

— (Das Concert Stöckl), welches gestern in den hiesigen Citalnarestaurantlocalitäten stattfinden sollte, wird auf günstigere Zeit vertagt.

— (Fleischtarif pro August.) Das Pfund Rindfleisch bester Qualität von Mastochsen kostet 27 kr., mittlere Sorte 23 kr., geringste Sorte 19 kr.; von Rindern und Zugochsen kosten die drei Sorten Fleisch 24, 20 und resp. 16 kr.

— (Die städtische Volksschule in Krainburg) zählte im abgelaufenen Schuljahre 7 Lehrkräfte, 189 Schüler und 157 Schülerinnen. Die Schulbibliothek besteht aus 148 Bänden mit 230 Bänden. Der Jahresbericht nennt als Wohltäter dieser Schule die Herren Valentin Bleiweis aus Wien, Handelsmann Franz Dolenc, Professor A. v. Bonnermanns und L. L. Landesforstinspector Salzer.

— (Das Schadenfeuer), welches am 30. v. M. abends in der Getreidegarbe des Andreas Rosanc in Beje (Kozarje) ausbrach, verzehrte drei Fenster Weizen und zwei Fenster Korn im Werthe von 250 fl. Sicherem Vernehmen nach rauchte der Vater des Beschädigten beim Versäubern der Frucht von der Garbe zur Dreschtemme Tabak, wodurch der Brand der Fruchtharpe entstand.

— (Einbruchsdiebstahl.) Am 21. v. M. wurde bei Franz Jenko in Dorence, Bezirk Umgebung Laibach, durch unbekannte Thäter eingebrochen und wurden aus versperrter unter dem Dachboden befindlichen Truhe Effecten im Werthe von 45 fl. 50 kr. entwendet.

— (Elementarschäden.) Am 17. d. entlud sich über die Niede Stadtberg und Omajna in der Steuergemeinde Gurkfeld und über die Weingärten in den Steuergemeinden Gimpel, Savenstein und Berch, Bezirk Gurkfeld, ein starkes Gewitter, welches die Ernteaussichten theilweise zur Hälfte, theilweise gänzlich vernichtete.

— (Aus den Sommerfrischen.) Weizselsfeld und Kronau sind wegen ihrer reizenden, mildromantischen und gesunden Lage, wegen der dortigen prächtigen Umgebung, zahlreichen Spaziergänge und herrlichen Ausflugsplätze heuer frequent besucht, namentlich Triest und Laibach stellen ein ansehnliches Contingent von Gästen. Am 29. v. M. unternahmen Dr. Tomaro sammt Gemalin, Paulo Croato sammt Gemalin, Giovanni Hochwind aus Triest und Canonicus Tomaro aus Pirano unter Führung der Herren Pfarrer Vole und Werkverwalter Jenko aus Weizselsfeld einen Ausflug zu den weizselsfelder Seen und besaßen sofort den Mangart. Die Aussicht war herrlich; ein Theil der Gesellschaft kehrte über die Seen nach Weizselsfeld zurück, während der andere den Rückweg über den Predil und Raibl einschlug. Die triester Gäste äußern sich über die gute, reinliche und billige Unterkunft in Weizselsfeld sehr befriedigt.

— (Aus dem Gerichtsaale.) Beim hiesigen L. L. Landesgerichte beginnt heute die Hauptverhandlung wider Anton Saje und 73 Genossen wegen Verbrechen der öffentlichen Gewaltthätigkeit. Wir haben seinerzeit mitgeteilt, daß die Anklagen aus Grafenbrunn und Umgebung am 24. August 1874 das dem Fürsten Schönburg gehörige, im Baue begriffene Forsthaus, den Ziegelofen, die Ziegelbrenner-, Steinbrecher- und Maurerbaracke bis auf den Grund zerstört, das Wasserreservoir mit Schutt ausgefüllt und mehrere ähnliche Gewaltthätigkeiten vollbracht und sich dadurch obgenannten Verbrechen schuldig gemacht haben.

In Laibach verkehrende Eisenbahnzüge.

Südbahn.			
Nach Wien Abf.	1 Uhr 7 Min.	nachm. Postzug.	
" " " 3 " 52 "		morgens Eilpostzug.	
" " " 10 " 35 "		vorm. Eilzug.	
" " " 5 " 10 "		früh gem. Zug.	
" Triest " 2 " 58 "		nachts Eilpostzug.	
" " " 3 " 17 "		nachm. Postzug.	
" " " 6 " 12 "		abends Eilzug.	
" " " 9 " 50 "		abends gem. Zug.	
(Die Eilzüge haben 4 Min., die Personenzüge circa 10 Min. und die gemischten Züge circa 1/2 Stunde Aufenthalt.)			
Kronprinz Rudolfsbahn.			
Abfahrt 3 Uhr 55 Minuten Morgens.			
" 10 " 40 "		vormittags.	
" 6 " 35 "		abends.	
Ankunft 2 " 35 "		morgens.	
" 7 " 45 "		morgens.	
" 6 " — "		abends.	

Neueste Post.

Wien, 31. Juli. Se. L. und L. apostolische Majestät sind gestern, den 30. d. M., in der früh von Triest in Wien angekommen und haben nachmittags den Allerhöchsten Sejour in Laxenburg zu nehmen geruht.

Wien, 31. Juli. Der „Neuen freien Presse“ zufolge beträgt der Gesamtanspruch des Kriegsministers für 1876 (ohne Marine) 103.430.000 Gulden, wovon auf das Ordinarium 92.230.000, auf das Extraordinarium 11.200.000 entfallen. Mit Rücksicht auf die für 1876 niedriger präliminirte Bedeckung ergibt sich ein Rettomehrerfordernis von 7.173.572 gegen 1875; wenn man von dem außerordentlichen Mehrerfordernis per sechs Millionen für Kanonen abzieht, würde die Forderung für 1876 um 1.731.484 weniger als die Forderung für 1875 betragen. Die „Neue freie Presse“ erkennt an, daß wenn an dem mit vernünftiger Berücksichtigung der Finanzlage gearbeiteten Budget noch eine nennenswerthe Ersparung gemacht werden soll, dies nur durch die Vertheilung des Erfordernisses für Kanonen auf eine größere Anzahl von Jahren möglich wäre. Das genannte Blatt hebt hervor und erkennt an, daß die Regierung ihr im Jahre 1872 gegebenes Versprechen hielt und über die damals als Normalbudget bezeichnete Ziffer nicht hinausging, vielmehr einen gegen damals nahezu um eine Million geringeren Anspruch erhebt.

Pest, 31. Juli. Wie der „Pester Lloyd“ meldet, wird das gemeinsame Budget, welches schon endgültig festgestellt ist, nicht mehr vor den gemeinsamen Ministerrath gelangen. Der ungarische Budgetvoranschlag für das Jahr 1876 ist vom Ministerrathe schon gänzlich durchberathen.

Lottoziehungen vom 31. Juli.
Triest: 47 85 6 72 42.

Telegraphischer Wechselskurs

vom 31. Juli.

Papier = Rente 70-85. — Silber = Rente 73-90. — 1860er Staats = Anlehen —. — Bank = Aktien 930. — Credit = Aktien 218. — London 111-85. — Silber 100-75. — R. f. Münz-Ducaten 5-24 1/2. — Napoleonsd'or 8-89. — 100 Reichsmark 54-80.

Wien, 31. Juli. 2 1/2 Uhr nachmittags. (Schlußkurs.) Creditactien 218.—, 1860er Lose 112-25, 1864er Lose 136-50, österreichische Rente in Papier 70-80, Staatsbahn 280-50, Nordbahn 181-50, 20-Frankenstücke 8-88, ungarische Creditactien 217.—, österreichische Francobank 35.—, österreichische Anglobank 106-40, Lombarden 100.—, Unionbank 97.—, austro-orientalische Bank —, Lloydactien 406.—, austro-ottomanische Bank —, türkische Lose 52-70, Communal-Anlehen 104-75, Egyptische 148-50. Fest.

Handel und Volkswirtschaftliches.

Wochenausweis der Nationalbank. Derselbe weist im Verhältnisse zu dem der Vorwoche folgende Veränderungen aus: Banknoten-Umlauf fl. 296.639.470, Abnahme fl. 1.589.390; Giro-Einlagen fl. 2.428.301, Zunahme fl. 557.061; Metallgeld fl. 137.926.755, Abnahme fl. 48.000; in Metall zahlbare Wechsel fl. 10.498.937, Abnahme fl. 177.273; Staatsnoten, welche der Bank gehören, fl. 944.158, Abnahme fl. 222.299; Escompte fl. 125.991.584, Abnahme fl. 919.290; Darlehen fl. 29.940.200, Abnahme fl. 387.800.

Laibach, 31. Juli. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 15 Wagen mit Getreide, 12 Wagen mit Heu und Stroh, (Heu 115, Stroh 26 Ztr.), 25 Wagen und 2 Schiffe (17 Kisten) mit Holz.

Durchschnittspreise.

	Wtr.	Wtr.		Wtr.	Wtr.
	fl. tr.	fl. tr.		fl. tr.	fl. tr.
Weizen pr. Metzen	5 20	6 43	Butter pr. Pfund	—	43
Korn	3 60	3 90	Eier pr. Stück	—	2
Gerste	2 40	2 73	Milch pr. Maß	—	10
Hafer	2 10	2 20	Rindfleisch pr. Pfd.	—	27
Halbfrucht	—	4 85	Kalbsteisch	—	23
Heiden	2 80	3 10	Schweinefleisch	—	28
Dinkel	3	3 7	Lammfleisch	—	17
Kukuruz	3 40	3 44	Hühner pr. Stück	—	30
Erbsen	1 50	—	Tauben	—	17
Linzen	5 80	—	Heu pr. Zentner	1	20
Erbsen	5 60	—	Stroh	1	5
Wicken	5 20	—	Holz, hart, pr. Kst.	—	6 80
Rindschmalz Pfd.	—	52	— weiches, 22"	—	4 80
Schweinschmalz	—	50	Wein, roth, Eimer	—	12
Speck, frisch	—	40	— weißer, "	—	11
— geräuchert	—	44			

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Juli	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Millimetern auf 0° C. reducirt	Lufttemperatur nach Celsius	Wind	Wolkigkeit	Regen
31.	6 U. Mg.	737.02	+12.4	ND. schwach	heiter	0.00
	2 " N.	734.46	+25.2	SW. schwach	heiter	
	10 " Ab.	734.22	+18.4	SW. schwach	heiter	
1.	6 U. Mg.	733.90	+14.2	Windstill	bewölkt	21.50
	2 " N.	733.76	+22.0	SW. schwach	bewölkt	Regen
	10 " Ab.	736.66	+15.0	SW. schwach	bewölkt	

Den 31. Juli morgens heiter, nachmittags vorübergehende Regenwolken aus Südwest, Abendroth, sternenhell. Den 1. August morgens trübe, später Regen, gegen Mittag etwas gelichtet, nachmittags 3 Uhr Gewitter aus Südwest nach Ost ziehend, nachmittags Regen noch anhaltend. Das Tagesmittel der Baromet. am 31. Juli + 18.7°, am 1. August + 17.0°, beziehungsweise um 1.1° und um 2.7° unter dem Normal.

Verantwortlicher Redacteur: Ottomar Samhaber.

Dankfagung.

Für die vielfältige Theilnahme nach dem Hinscheiden ihres theuern Schwiegersohnes, des zu Ogulin an der Gehirn-Entzündung verstorbenen Herrn königlichen Landwehr-Hauptmanns

Georg Sian,

danken verbindlichst dessen Schwiegereltern

J. B. Schmiedl,
Emilie Schmiedl geb. Schiefler.

Börsenbericht.

Wien, 30. Juli. Die Stimmung war nicht schlecht, doch erging sich die Börse mehr in Combinationen als in Geschäften. Der Verkehr in Anlagewerthen war ohne Lebhaftigkeit. Speculationswerthe, anfangs sehr matt, erholt sich im Verlaufe.

	Geld	Ware
Rai- Rente	70-75	70-85
Jänner- Rente	70-75	70-85
April- Silberrente	74-15	74-25
April- Silberrente	74-15	74-25
Lose, 1839	273	275
" 1854	105	105-50
" 1860	112	112-40
" 1860 zu 100 fl.	118	118-50
" 1864	135-75	136
Domänen-Pfandbriefe	130	130-50
Prämienanlehen der Stadt Wien	104-50	105
Belgien Grund-	100	101
Galizien ent-	87	87-50
Siebenbürgen lastung	81	81-50
Ungarn	82-40	82-60
Donau-Regulierungs-Lose	102-90	103-10
Ung. Eisenbahn-Anl.	101-90	102-10
Ung. Prämien-Anl.	82	82-50
Wiener Communal-Anlehen	91-75	92

Aktien von Banken.

	Geld	Ware
Anglo-Bank	107	107-25
Bankverein	99	100
Bodencreditanstalt	—	—

	Geld	Ware
Creditanstalt	216-50	216-75
Creditanstalt, ungar.	217-25	217-50
Depositenbank	135	136
Escompteanstalt	745	750
Franco-Bank	34	34-25
Handelsbank	55	55-50
Nationalbank	932	933
Oesterr. Bankgesellschaft	—	—
Unionbank	95-80	96
Verkehrsbank	88	88-50

Aktien von Transport-Unternehmungen.

	Geld	Ware
Alföldb-Bahn	128	128-50
Karl-Ludwig-Bahn	229-50	229-75
Donau-Dampfschiff-Gesellschaft	410	412
Elisabeth-Westbahn	182-25	182-75
Elisabeth-Bahn (Kinz-Pudweiser Strecke)	—	—
Ferdinands-Nordbahn	1825	1830
Franz-Joseph-Bahn	163	163-50
Lemb.-Egern.-Jassy-Bahn	141-50	142
Probd.-Gesellsch.	408	409
Oesterr. Nordwestbahn	144-50	145

	Geld	Ware
Rudolfs-Bahn	134-25	134-75
Staatsbahn	280-25	280-75
Südbahn	98	98-50
Theiß-Bahn	190-50	191-50
Ungarische Nordostbahn	118-25	118-75
Ungarische Ostbahn	48-50	48-75
Tramway-Gesellsch.	117	118

Baugesellschaften.

Allg. österr. Baugesellschaft	11	11-50
Wiener Baugesellschaft	20	20-50

Pfandbriefe.

Allg. österr. Bodencredit	100-25	100-50
dto. in 33 Jahren	90-25	90-50
Nationalbank d. B.	96-80	96-60
Ung. Bodencredit	86-90	87-10

Prioritäten.

Elisabeth-B. 1. Em.	—	93
Ferd.-Nordb.-G.	104-30	104-50
Franz-Joseph-B.	95-50	95-75
Gal. Karl-Ludwig-B. 1. Em.	—	—
Oesterr. Nordwest-B.	94	94-25

	Geld	Ware
Siebenbürger	73-40	73-60
Staatsbahn	141-50	141-75
Südbahn à 3%	105	105-50
" 5%	91-75	92
Südbahn, Bonds	222	223
Ung. Ostbahn	67-25	67-50

Privatloose.

Credit-L.	163-50	164
Rudolfs-L.	13-50	14

Wechsel.

Angsburg	92-75	92-90
Karlsruhe	54-20	54-40
Hamburg	54-25	54-50
London	111-35	111-60
Paris	49-95	49

Geldsorten.

	Geld	Ware
Ducaten	5 fl. 25 1/2, fr.	5 fl. 26
Napoleonsd'or	8 " 89	8 " 89 1/2
Preuß. Kassenscheine	1 " 64-50	1 " 64-70
Silber	100 " 80	101 " —

Krainische Grundentlastungs-Obligationen.
Privatnotierung: Geld 95,—, Ware —